

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1962
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Hessen

**„Forderungen und Ziele der FDP
zur hessischen Landtagswahl 1962“**

Preis

**Forderungen und Ziele
der
Freien Demokratischen Partei
zur
hessischen Landtagswahl
1962**



FDP LANDESVERBAND

D1- 4120

**Forderungen und Ziele
der
Freien Demokratischen Partei
zur
hessischen Landtagswahl
1962**

**FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI
LANDESVERBAND HESSEN**



Die FDP tritt ein für ►

Außen- und Wehrpolitik

1. für die friedliche Wiedervereinigung unseres Volkes auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts und des Rechtes auf Heimat in einem freiheitlichen Deutschen Reich im Interesse des Friedens
2. für eine Politik des entspannenden Ausgleichs zwischen den großen Mächten
3. für die Stärkung des Bündnisses mit den Westmächten zur Abwehr drohender Gefahren
4. für die Landesverteidigung und allgemeine Wehrpflicht
5. für Zusammenschluß aller freien europäischen Völker.

Kirchen

1. für die Freiheit des religiösen Glaubens und die gegenseitige Achtung der Konfessionen
2. für die Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen der kirchlichen Organisationen
3. für die Erhaltung und Unterstützung aller kirchlichen Einrichtungen, die guten Werken dienen
4. für die Förderung der kirchlichen Erwachsenenbildung.

Neugliederung

für eine Verschmelzung der Länder Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen zu einem Bundesland, zu einer politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Einheit.

ERLÄUTERUNG :

Die nach dem Kriege entsprechend den Wünschen der verschiedenen Besatzungsmächte geschaffenen Länder und Ländergrenzen machen eine Überprüfung erforderlich. Das gilt besonders für das mitteldeutsche Gebiet. Der Mittelrhein als Grenze zwischen Hessen und Rheinland-Pfalz widerspricht nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Gegebenheiten. Aus diesem Grunde hat der Vorsitzende der Freien Demokraten Hessens, Landrat Kohl (Frankenberg), auf dem letzten Parteitag in Wiesbaden am 30. Juni 1962 die Verschmelzung der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland vorgeschlagen. Ein Echo auf breiter Basis rechtfertigt, diesen Vorschlag weiter zu verfolgen.

Staats-Verwaltung

1. für dezentralisierten Einheitsstaat und Überwindung der übertriebenen Kleinstaaterei
2. für Ablehnung der Politik der Wahlgeschenke
3. für Aufrechterhaltung des Berufsbeamtentums; sie lehnt das Parteibuchbeamtentum ab
4. für die Auslese der Bewerber, die Ernennung und Beförderung der Beamten nach Vorbildung, Befähigung und fachlicher Leistung
5. für Berufung von Frauen in den Öffentlichen Dienst
6. für Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung, für weniger, aber gute Gesetze
7. für besseren Schutz der Bevölkerung gegen Verbrechen und erhöhte Sicherheit in Stadt und Land
8. für raschere Abwicklung des Lastenausgleichs.

ERLÄUTERUNG :

Dreizehn Jahre Bundesrepublik haben uns gezeigt, daß unsere verfassungsrechtlichen Zustände, wie sie im Jahre 1949 unter dem Einfluß unserer früheren Gegner entstanden, einer gesunden und sinnvollen Weiterentwicklung im Wege stehen. Nach Auffassung

der Freien Demokraten brauchen wir bei aller Anerkennung der Länder eine stärkere Stellung des Bundes. Das Übergewicht der Länderregierungen muß begrenzt, und alle Formen übertriebener Kleinstaaterei müssen ausgeschaltet werden. Die Weimarer Verfassung hatte das Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden besser geordnet, als es den Schöpfern des Grundgesetzes von 1949 unter dem damaligen Besatzungsrecht möglich war.

Die Freien Demokraten werden nicht müde, für die Aufrechterhaltung des Berufsbeamtentums und gegen das Parteibuchbeamtentum zu kämpfen. Dieser stete Kampf ist umso dringlicher, als zwölfjährige Herrschaft einer Partei im Lande die Grenzen zwischen Staat und Partei nunmehr endgültig zu verwischen beginnt. Es gibt viele Menschen in Hessen, die mit dem „richtigen“ Parteibuch in der Tasche eine Stellung im Staatsdienst zu erreichen hoffen, weil viele vor ihnen mit dem gleichen Parteibuch ihr Ziel erreicht haben. Dem gegenüber bestehen die Freien Demokraten auf dem bewährten Grundsatz, Ernennung und Beförderung der Beamten allein nach Vorbildung, Befähigung und sachlicher Leistung vorzunehmen; das heißt, sie fordern von der Regierung die Beachtung der Vorschriften des Beamtengesetzes, denen diese selbst zugestimmt hat.

Die Freien Demokraten wünschen die Berufung von Frauen in den Öffentlichen Dienst. Sie betonen dies ausdrücklich, weil es mitunter den Anschein hat, als gäbe es Kräfte, denen wenig daran gelegen ist, durch stärkere Heranziehung entsprechend vorgebildeter Frauen den Bedürfnissen unserer Zeit gerecht zu werden.

Die Aufmerksamkeit der Bevölkerung richtet sich seit geraumer Zeit und mit steigender Sorge auf die nicht abreißende Kette von Verbrechen und Vergehen; in der Tat sind die Verhältnisse alarmierend: Das Gefühl der Sicherheit droht zu schwinden. Es ist deshalb ein zwingendes Gebot, die ohne Schuld der Beamten bestehenden Mängel in der Organisation der Landespolizeistationen abzustellen und im Interesse erhöhter Sicherheit in Stadt und Land ausreichende Polizeikräfte bei angemessener Besoldung einzustellen.

Kommunale Selbstverwaltung

1. für Herstellung der Finanzhoheit der kommunalen Körperschaften durch Neugestaltung der Finanzordnung zwischen Bund und Land einerseits und des Finanzausgleichs zwischen Land und Gemeinden andererseits
2. für eine Finanzverfassung, die das Steueraufkommen an Bund, Länder und Gemeinden nach Maßgabe ihrer Aufgaben verteilt
3. für Übernahme aller personellen Schulkosten durch das Land
4. für Abschaffung von Bagatellsteuern
5. für Urwahl der Bürgermeister
6. für den Grundsatz der Unvereinbarkeit von Mandat und Amt in kommunalen Vertretungskörperschaften.

ERLÄUTERUNG :

Die Freien Demokraten haben die im Jahre 1949 unter dem bestimmenden Einfluß der westlichen Alliierten zustandegekommene Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern für reformbedürftig gehalten; sie sind stets

dafür eingetreten, daß die Gemeinden – gemäß der Weimarer Verfassung – nicht zu den Kostgängern des Landes degradiert wurden, sondern gleichberechtigt neben Bund und Ländern standen. Der Steuersegen der letzten Jahre hat gezeigt, daß ihre Auffassung richtig war: Während Bund und Gemeinden auf Grund der bestehenden Finanzverfassung über zu geringe Mittel verfügen, schwimmen die Länder im Geld. Es muß daher eine Neuordnung erfolgen, die das Steueraufkommen nach Maßgabe der jeweiligen Aufgaben auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt.

Solange diese generelle Neuordnung nicht erfolgt ist, muß die hessische Regierung darauf verzichten, die kommunalen Verwaltungen am Gängelband zu führen, indem sie unverhältnismäßig hohe Beträge für Zwecke der verschiedensten Art nach eigenem Gutdünken von Fall zu Fall bereitstellt. Es muß auch das ständige Mißtrauen der Regierung und vor allem der Ministerialbürokratie gegenüber den Organen der kommunalen Selbstverwaltung ein Ende nehmen.

Darüber hinaus wäre es wünschenswert, die Anträge der FDP auf Erhöhung des Anteils am Steuerverbund nicht erst nach Jahren und dann als Ergebnis eigener Regierungserkenntnis zu verwirklichen, sondern vorausschauend die Berechtigung solcher kommunaler Forderungen auch dann anzuerkennen, wenn der politische Gegner sie stellt.

Im ganzen:

**So wenig staatliche Bevormundung wie möglich,
so viel kommunale Selbstverwaltung wie nötig.**

In allen Auseinandersetzungen um die Gemeinde- und Kreisordnungen haben die Freien Demokraten dafür gekämpft, daß die Bürgermeister durch Wahl der Bevölkerung (Urwahl) berufen werden sollen. Beharrlich haben die Sozialdemokraten diese Forderung abgelehnt. Sie wissen genau, w a r u m sie so handeln. Sie sind überzeugt, daß sie bei der starken Stellung, über die sie in den kommunalen Parlamenten verfügen, durch Ausspielen der Gegner ihre parteipolitischen Bedürfnisse leichter befriedigen können.

In der Tat würde die Wahl des Bürgermeisters durch die Bevölkerung in vielen Fällen zu ganz anderen Ergebnissen führen als hinter den Kulissen eines Gemeindeparlaments ausgehandelte Abmachungen über die Wahl eines gemeindlichen Oberhauptes.

Was sich seit langem in Süddeutschland voll bewährt hat, sollte von Hessen übernommen werden.

Die Freien Demokraten wünschen von jeher die Anerkennung des Grundsatzes der Unvereinbarkeit von Amt und Mandat in kommunalen Vertretungskörperschaften; das heißt, sie wünschen nicht, daß der im Ort A. wohnende Gemeindebedienstete gleichzeitig Mitglied der vom Volke gewählten Gemeindevertretung von A. ist, weil eine solche Doppelstellung unvermeidbar zu Pflichtenkollisionen führt, die der Allgemeinheit schaden. Die Sozialdemokraten haben diese Auffassung grundsätzlich als berechtigt anerkannt; sie waren aber nicht bereit, die Gemeinde- und Kreisordnung entsprechend zu ändern, weil dies angeblich eine Beschränkung der Wählbarkeit bedeuten würde; vor allem aber gibt es heute viele Sozialdemokraten, die auf die erwähnte Doppelstellung nicht verzichten wollen.

Schule

1. für die Christliche Gemeinschaftsschule; sie lehnt die sozialistische Einheitsschule und die Konfessionsschule ab
2. für gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle
3. für Aufrechterhaltung der Dreigliedrigkeit des allgemein bildenden Schulwesens – Volksschule, Realschule, Höhere Schule – und den Ausbau des fachlich gut gegliederten, berufsbildenden Schulwesens
4. für Verstärkung des staatsbürgerlichen Unterrichts an allen Schulen
5. für Bereitstellung von Schulbaumitteln allein nach sachlichen Gesichtspunkten
6. für bundeseinheitliche Regelung der grundsätzlichen Fragen des Schulwesens
7. für die Erfüllung des Unterrichtsbedürfnisses an allen Schularten, insbesondere für eine Herabsetzung der zu hohen Klassenstärken
8. für den Ausbau des ländlichen Schulwesens, vor allem für bessere und zeitgemäße Ausstattung der Dorfschulen
9. für Errichtung weiterführender Schulen auf dem Lande
10. für Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten bei Errichtung von Mittelpunktschulen

11. für Schaffung der personellen und materiellen Voraussetzungen zur baldigen einheitlichen Einführung des 9. Schuljahres
12. für einen Bildungsplan „9. Schuljahr“, der durch Vertiefung des bisher Gelernten in Verbindung mit berufseinführendem Unterricht durch Berufsschullehrkräfte den Übergang ins praktische Leben erleichtert
13. für vermehrte Heranziehung von berufenen Vertretern der Wirtschaft, des Handels, des Handwerks, der Industrie, der Freien Berufe und der Hauswirtschaft für den berufspraktischen Unterricht an den Berufsschulen
14. für Umwandlung von Realschulen an Volksschulen zu eigenständigen Realschulen bei ausreichender Schülerzahl
15. für Ausbau des Zweiten Bildungsweges durch Errichtung von Aufbauklassen an Berufsschulen und weiterer Hessen-Kollegs
16. für einen verstärkten hauswirtschaftlichen Unterricht an allen Schulen
17. für Errichtung einer Technischen Hochschule in Nordhessen
18. für Ausbau der staatlichen Ingenieurschulen
19. für Errichtung von Technikerschulen
20. für Wahrung der Rechte der Elternbeiräte und der Schuldeputationen
21. für Berufung der Schulleiter und Schulräte ausschließlich nach fachlichen Gesichtspunkten unter Mitwirkung der Schulträger
22. für stärkere Beachtung der Geographie, der Geschichte und Kultur Ost- und Mitteldeutschlands in der Weiterbildung aller Lehrer im Lehrerfortbildungswerk und in den Schulen
23. für Ausbau des Hochschulwesens und Errichtung von Studentenwohnheimen
24. für Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens
25. für verstärkten Bau von Sportstätten unter Berücksichtigung des Goldenen Planes der Deutschen Olympischen Gesellschaft.

ERLÄUTERUNG :

Im Mittelpunkt schulpolitischer Erörterungen stehen zur Zeit

1. die Mittelpunktschule
2. die Dorfschule
3. die Einführung des 9. Schuljahres.

Die Freien Demokraten stimmen der Errichtung von Mittelpunktschulen grundsätzlich zu, weil solche Schulen in der Lage sein können, der Jugend auf dem flachen Lande Kenntnisse zu vermitteln, die sie bisher oft nicht erlangen konnte. Die Schaffung solcher Schulen sollte aber erst erfolgen, wenn die beteiligten Eltern und Gemeinden aus freiem Entschluß ihre Zustimmung erteilt haben. Bei den erforderlichen Beratungen muß jeder unmittelbare oder mittelbare Druck behördlichen oder parteipolitischen Ursprungs unterbleiben.

Wenn die Aktion „Mittelpunktschule“ einmal abgeschlossen ist, wird sich herausstellen, daß Hunderte von Dorfschulen in der herkömmlichen Art bestehen bleiben. Diesen Schulen muß daher besondere Aufmerksamkeit gelten; sie dürfen nicht, wie es oft geschah, vernachlässigt werden. Das Kultusministerium muß sich stärker denn je um Ausgestaltung mit Lern- und Lehrmitteln kümmern. Es muß ein Auge auf zeitgemäße Lehrerwohnungen haben und es muß in der Bewilligung von finanziellen Beihilfen für leistungs-

schwache Gemeinden großzügig sein. Auch muß alles unterbleiben, was Lehreranwärter veranlassen könnte, ihre Aufmerksamkeit lediglich auf Mittelpunktschulen zu richten. Der Beruf des Dorfschullehrers muß attraktiv gemacht werden.

Die Freien Demokraten haben seit Jahren gefordert, das 9. Schuljahr im ganzen Lande am gleichen Tage einzuführen. Sie hielten und halten die Ansicht des Kultusministeriums, diese Neuordnung nach und nach vorzunehmen im Interesse der Wirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Betriebe und deren Lehrlingsbedarf, für falsch. Die jüngsten Proteste dieser Kreise gegen die Einführung in Wiesbaden, Kassel, Frankfurt und dem Obertaunuskreis geben den Freien Demokraten recht. „Erst genug Lehrer, genug Schulräume und einen überzeugenden ‚Bildungsplan‘, dann erst 9. Schuljahr“ muß die Parole bleiben!

Die Freien Demokraten sehen trotz des vom Kultusministerium zur Schau getragenen Optimismus' mit großer Sorge auf den seit Jahren in vielen Fällen unzureichenden Berufsschulunterricht. Sie halten zur Beseitigung des Mißstandes besondere Anstrengungen für nötig und treten dafür ein, daß neben freiwillig tätigen pensionierten Lehrkräften in vermehrtem Umfang berufene Vertreter des Handels, des Handwerks, der Industrie, der freien Berufe und der Hauswirtschaft für den berufspraktischen Unterricht herangezogen werden, zumal die überstürzte und in Abschnitten erfolgende Einführung des 9. Schuljahres weitere Belastungen für die Berufsschule mit sich bringen wird.

Wie die Freien Demokraten für den Ausbau des zweiten Bildungsweges durch Aufbauklassen an Berufsschulen und weitere Hessenkollegs eintreten, so werden sie wie in der Vergangenheit für die eigenständige Realschule (früher Mittelschule) kämpfen, deren weitere Entwicklung – wie die Beratungen beim Schulverwaltungsgesetz zeigten – den Sozialdemokraten und der Gesamtdeutschen Partei ein Dorn im Auge ist. Es wird von uns namentlich verlangt, daß die Realschulen an Volksschulen (früher Mittelschulzüge) in eigenständige Realschulen umge-

wandelt werden, wenn eine ausreichende Schülerzahl sichergestellt ist.

Starkes Interesse bringen die Freien Demokraten den Veränderungen entgegen, die ein technisches Zeitalter bewirkt. Sie halten die Gründung einer zweiten Technischen Hochschule (und zwar in Nordhessen) für geboten, sie wünschen aus dem gleichen Grunde den Ausbau der staatlichen Ingenieurschulen, und sie raten zur Errichtung von Technikerschulen.

Unerläßlich ist für die Freien Demokraten die Wahrung der ohnehin sehr bescheidenen Rechte der Elternbeiräte und der Schuldeputationen, die gegen den Willen der FDP und vieler Gemeinden an die Stelle der früheren Gemeindeschulvorstände getreten sind. Sodann wird Gewicht darauf gelegt, daß die Berufung der Schulleiter ausschließlich nach fachlichen Gesichtspunkten unter Mitwirkung der Gemeinden erfolgt und gegenteilige Bestrebungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die die gesetzlichen Rechte der Gemeinden verkürzen wollen, entschieden zurückgewiesen werden.

Die Aufgabe der Schule in heutiger Zeit würde nur unvollkommen erfüllt, wenn nicht die Geographie, Geschichte und Kultur Ost- und Mitteldeutschlands ebenso gründlich im Unterricht behandelt würden wie dies für den Bereich der Bundesrepublik selbstverständlich ist. Nach Ansicht der Freien Demokraten haben hier die Hochschulen für Erziehung und das Lehrerfortbildungswerk eine nationale Verpflichtung zu erfüllen. Genauer Kenntnis hessischer Schulverhältnisse berechtigt uns zu der Feststellung, daß auf diesem Gebiete wesentlich mehr geschehen könnte, als in der Vergangenheit geschehen ist.

Von diesen Einzelfragen abgesehen wird Wert darauf gelegt, daß nach unserer Auffassung die Christliche Gemeinschaftsschule die beste Möglichkeit bietet, die heranwachsende Generation zu pflichtbewußten und tätigen deutschen Staatsbürgern zu erziehen. Weder die sozialistische Einheitsschule – Traum so ziemlich aller SPD-Funktionäre – noch die Konfessionsschule entsprechen den Bedürfnissen unserer Zeit.

Gesellschafts- und Sozialpolitik

1. für stabile Währung durch stabile Löhne und stabile Preise; der soziale Friede zwischen den Sozialpartnern ist Voraussetzung einer freiheitlichen Sozialpolitik
2. für Maßnahmen, die den sozialen Aufstieg und die Bildung privaten Vermögens ermöglichen
3. für Schaffung von Eigentum für alle
 - a) durch Privatisierung öffentlichen Erwerbsvermögens
 - b) durch stärkere Förderung des privaten Wohnungseigentums und des Eigenheimbaues
4. für Reform der Einkommen- und Lohnsteuergesetzgebung mit dem Ziel, Ungerechtigkeiten für die mittleren Einkommen zu beseitigen
5. für arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung qualifizierter Facharbeiter mit den Angestellten
6. für Neuordnung der Sozialversicherung und der Sozialhilfe, die das Streben nach Eigenverantwortung stärkt
7. für soziale Unterstützung derjenigen, die nicht aus eigener Kraft für sich und ihre Familie sorgen und vorsorgen können
8. für eine abschließende Gesetzgebung in der Kriegsopferversorgung mit dem Ziel, den Grundsatz der Bedürftigkeit durch den Grundsatz des Schadensausgleichs zu ersetzen
9. für raschere Auszahlung der Hauptentschädigung an Vertriebene und Kriegssachgeschädigte.

ERLÄUTERUNG :

Die Erhaltung und weitere Entwicklung unserer gesellschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung ist nur denkbar, wenn wir unsere hart erarbeitete starke Stellung in der Weltwirtschaft gegen ständig zunehmende Verstärkung ausländischer Konkurrenz durch Qualitätsarbeit und günstige Preis- und Kreditbedingungen behaupten können.

Dies wird gelingen, wenn wir

1. alle Bemühungen um Sicherung unserer Währung unterstützen, damit wir endlich zu stabilen Preisen und Löhnen kommen,
2. die freiheitliche Wirtschaftsordnung erhalten, die eine Voraussetzung für sozialen Aufstieg und Bildung privaten Vermögens ist.

Führende Funktionäre der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei werden nicht müde, uns sozialreaktionäre Gesinnung in den Fragen der Sozialpolitik vorzuwerfen; vor allem hat sich unser Parteifreund Bundesminister Mischnick mit derartigen Anwürfen auseinanderzusetzen. Sie müssen bekämpft werden, indem wir unsere Auffassung mit Entschiedenheit vertreten. Die Freien Demokraten verlangen eine Neuordnung unserer Steuergesetzgebung und des sozialen Beitragswesens mit dem Ziele, daß die ihrer Verantwortung bewußten Menschen aus eigener Kraft i n s t a n d g e s e t z t werden, für sich und die Ihrigen zu sorgen und vorzusorgen. Dadurch wäre es umso leichter möglich, diejenigen durch Sozialversicherung und Sozialhilfe wirksam zu helfen, die nicht mehr oder nur begrenzt erwerbsfähig sind.

Im übrigen wollen die Freien Demokraten alle Bestrebungen tatkräftig fördern, die auf eine abschließende Gesetzgebung in der Kriegsopfersversorgung gerichtet sind. Es kommt ihnen hier nicht in erster Linie darauf an, Vorteile zugunsten der einen oder anderen Gruppe zu erzielen — ihr Bemühen ist vielmehr darauf gerichtet, den schlechten Grundsatz der Bedürftigkeit durch den Grundsatz des Schadensausgleichs und des Rechts zu ersetzen.

Wirtschaft und Verkehr

1. für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung
2. für eine Landesraumordnung, die der wirtschaftlichen Entwicklung dient und auf Natur und Landschaft Rücksicht nimmt
3. für die Beseitigung des Sozialisierungsartikels 41 der Hessischen Verfassung
4. für verstärkten Schutz der Wettbewerbswirtschaft, insbesondere vor übertriebener wirtschaftlicher Machtzusammenballung
5. für baldigen Ausbau des Schifffahrtsweges der Lahn bis Wetzlar und der Fulda von Kassel bis Hann.-Münden
6. für zielstrebige Straßenbauplanung durch rechtzeitige Feststellung der Linienführung; Anlage von Moped- und Radfahrwegen für den Berufsverkehr
7. für die Förderung des nach Selbständigkeit strebenden mittelständischen Nachwuchses
8. für weiteren Ausbau der Gewerbeförderung und für Maßnahmen zur regionalen Strukturverbesserung; gegen Behördenhandel und Regiebetriebe
9. für weitere planmäßige Förderung des Fremdenverkehrs.

ERLÄUTERUNG :

Die Freien Demokraten kämpfen für die Aufrechterhaltung der freien und sozialen Marktwirtschaft, weil sie unsere bisherigen wirtschaftlichen Leistungen ermöglichte und allein geeignet ist, die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem wachsenden Konkurrenzdruck des Auslandes zu erhalten.

Von dem Festhalten an den bisherigen Grundsätzen unserer Wirtschaftspolitik und von einer entschlossenen und wirksamen Bekämpfung aller sozialistischen und gewerkschaftlichen Reformwünsche wird es abhängen, ob die großen Fortschritte in unserer Gesellschafts- und Sozialpolitik auf die Dauer gesichert und fortgesetzt werden können.

In der Zeit fortschreitender Machtkonzentrationen ist ein verstärkter Schutz des Wettbewerbs innerhalb unserer Wirtschaft erforderlich. Jahrelange Diskussionen über das Wie müssen beendet werden: Jetzt ist der Zeitpunkt, zu dem im Interesse des Mittelstandes und des nach Selbständigkeit drängenden Nachwuchses, gehandelt werden muß. Auch der Kampf gegen Regiebetriebe und gegen den Behördenhandel — Erscheinungen, die gleichermaßen un erfreulich und schädlich sind — darf nicht erlahmen.

Wir wünschen, daß das seit Jahren anhaltende Tauziehen zwischen Wiesbaden und Bonn in allen die Umkanalisierung der Lahn von der Landesgrenze bis Wetzlar und der Fulda von Kassel nach Hann.-Münden beendet wird. Die ewige Politik „Hannemann, geh du voran, du hast die größeren Stiefel an“ ist unerträglich. Sie schadet überdies der Sache. Notwendig ist vorbehaltlose Bereitwilligkeit Hessens, sich an den Arbeiten finanziell zu beteiligen. Dem Volke ist es gleichgültig, ob Bund oder Land „zuständig“ sind — es will im Interesse der heimischen Wirtschaft eine klare, saubere Entscheidung — zumal in jedem Falle die aus Steuern stammenden öffentlichen Einnahmen die Finanzierung zu erbringen haben. Die Forderung nach einer zielstrebigen Straßenplanung wird immer dringlicher, weil die vorausschauende Festlegung der

Linienführung nur selten rechtzeitig erfolgt. Auch die Einplanung besonderer Wege für den Berufsverkehr der Rad- und Mopedfahrer ist erforderlich. Ihre Anlage, wo immer es durchführbar ist, würde zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beitragen.

Die Freien Demokraten, die von jeher für die Förderung des Fremdenverkehrs eintraten, wünschen weitere Bemühungen auf diesem Gebiet. Bei aller Anerkennung der bisherigen Ergebnisse ist kein Zweifel, daß in allen Teilen Hessens noch viel geschehen kann. Die investierten Gelder werden auch in Zukunft nicht umsonst gegeben werden, da wir auch in wirtschaftlich ruhigeren Verhältnissen mit starkem Fremdenverkehr innerhalb unserer Heimat rechnen können.

Landwirtschaft

1. für die Erhaltung eines bodenständigen Bauerntums
2. für die Erhaltung des landwirtschaftlichen Familienbetriebs
3. für die Erhaltung des land- und forstwirtschaftlichen Privateigentums
4. für die Verbesserung der Agrarstruktur
5. für die Gewährung einer großzügigen Investitionshilfe
6. für die Förderung der Flurbereinigung
7. für die Verbesserung der landwirtschaftlichen Siedlungsstrukturen, insbesondere Auflockerung der Dorfkerne
8. für die Ergänzung der landwirtschaftlichen Altersversorgung in Härtefällen
9. für eine Reorganisation landwirtschaftlicher Großmärkte
10. für ein landwirtschaftliches Berufsbildungsgesetz
11. für den Ausbau der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung
12. für die Förderung landwirtschaftlicher Selbsthilfeeinrichtung und für den landwirtschaftlichen Beratungsdienst.

ERLÄUTERUNG :

Die im Jahre 1957 von Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg und der Bundesrepublik gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Brüssel hat in zahlreichen Zweigen der Industrie bereits zu Umstellungen geführt, ein Prozeß, der sich — meist im stillen vor sich gehend — noch fortsetzen dürfte. In den letzten Jahren ist nun auch die Landwirtschaft immer stärker in den Sog der Entwicklung geraten; während die Veränderungen im industriellen Sektor in der Öffentlichkeit nur selten wahrgenommen und nur unter Fachleuten diskutiert werden, stehen die Fragen der Zukunft unserer Landwirtschaft im grellen Licht des Meinungskampfes.

Im Streit der Ansichten fallen oft harte Worte, und es fehlt leider nicht an Versuchen, die Städter gegen berechnete Forderungen unserer Bauern mobil zu machen oder gar die Öffnung der Grenzen für alle Lebensmittel ohne Rücksicht auf die Landwirtschaft zu propagieren. Demgegenüber stellen die Freien Demokraten mit aller Entschiedenheit fest:

1. Eine leistungsfähige Landwirtschaft ist auch im Zeitalter der EWG aus nationalen Gründen unerläßlich.
2. Das ganze Volk — Städter und Landleute — müssen im Interesse ihrer Existenzhaltung in gemeinsamer Anstrengung die kostspieligen und zeitraubenden strukturellen Verbesserungen durchführen.
3. Voraussetzung aller Reformen muß die Erhaltung eines bodenständigen Bauerntums, das heißt die Erhaltung des landwirtschaftlichen Familienbetriebs, bleiben.

Im Sinne dieser Feststellungen wünschen die Freien Demokraten neben Gewährung einer großzügigen Investitionshilfe die beschleunigte Fortführung der Flurbereinigung unter Verzicht auf die bisher geübte Ausklammerung der Ortskerne, weil so manche betriebswirtschaftlichen Mängel bestehen bleiben, deren

Beseitigung im Interesse der Sache liegt. Im übrigen haftet den im Gange befindlichen Schnellverfahren der Mangel an, daß gemeinschaftliche Anlagen nicht verändert werden können und dadurch die Verbesserung der Landeskultur Stückwerk bleibt.

Die Freien Demokraten wünschen die Auflockerung der Ortskerne und die Aussiedlung von Bauernhöfen. Aber sie haben zu kritisieren, daß die praktische Durchführung dem Siedler häufig unbillige Lasten auferlegt. Sie wären vermeidbar, wenn das Landwirtschaftsministerium, wie es seine Aufgabe wäre, sich regulierend in die Tätigkeit der Siedlungsgenossenschaften einschalten würde. Die Führung durch den Minister fehlt allzu oft.

Die Bauern werden ihr Möglichstes tun, um die Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft im Bereich der EWG zu meistern, aber sie bedürfen dabei der Unterstützung der Allgemeinheit bei der Reorganisation der landwirtschaftlichen Berufsbildung, beim Ausbau der Selbstverwaltung und des Beratungsdienstes. Sie bedürfen insbesondere des Verständnisses des ganzen Volkes dafür, daß die Arbeit des Bauern neben allem kaufmännischen Rechnen Gesetzen der Natur unterworfen bleibt, von denen industrielle Unternehmungen frei sind.

Gesundheit

1. für eine wirksame vorbeugende Gesundheitspflege, insbesondere für Verstärkung aller Maßnahmen zugunsten der Schwangerenberatung und der Schul-Gesundheitsvorsorge
2. für Ausbau und Intensivierung der Krebsforschung und Bekämpfung der Krebskrankheiten durch Vermehrung der Beratungsstellen
3. für wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Verschmutzung des Wassers und der Luft und zur Lärmbekämpfung
4. für die Überwachung der Durchführung des Lebensmittelgesetzes
5. für Maßnahmen auf dem Gebiet des Strahlenschutzes
6. für Behebung der Mängel im Krankenhauswesen.

ERLÄUTERUNG:

Wenn die Freien Demokraten eine vorbeugende Gesundheitspflege verlangen, die *w i r k s a m e r* ist als die bisherigen Bemühungen staatlicher und kommunaler Behörden, so ergibt sich die Berechtigung aus der Tatsache, daß gegenwärtig noch erhebliche Mängel bestehen. Selbst der Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen, Heinrich Hemsath, gibt es in einem Bericht zu, den kürzlich der Hessische Landkreistag veröffentlichte.

Dieser Bericht gipfelte in der Feststellung, daß

1. der Ausbau der Gesundheitsämter noch nicht abgeschlossen ist,
2. eine große Zahl von Ämtern wegen ungenügender personeller Besetzung nicht in der Lage ist, alle gesetzlich vorliegenden Aufgaben in vollem Umfange zu erfüllen und
3. die Leistungen der Ämter große Unterschiede zeigen, wobei das unterschiedliche Leistungsniveau nicht notwendigerweise in Beziehung zur unterschiedlichen Finanzkraft der Träger steht.

Im einzelnen ist dem Bericht zu entnehmen, daß fast die Hälfte aller Ämter nicht imstande ist, die seit bald 30 Jahren vorgeschriebenen Apothekenmusterungen durchzuführen. Die Besichtigung von Drogen- und ähnlichen Handlungen wird in 13 Fällen hinreichend, in 25 Fällen mäßig und in 7 Fällen gar nicht wahrgenommen. Die Überwachung der Trinkwasserversorgungsanlagen ist ungenügend.

Noch unerfreulicher liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Kontrolle des Verkehrs mit Lebensmitteln, einschließlich des Verkehrs mit Milch. Hier beschränken sich die Aufgaben der Ämter zum großen Teil auf die mitwirkende Besichtigung neben Veterinärbeamten, Lebensmittelkontrolleuren und Gewerbeämtern. Minister Hemsath meint, daß der überwiegende Teil der Ämter die Aufgaben auf diesem Gebiet nicht in dem erforderlichen Umfange erfüllt.

Auch sonst sieht es düster aus. Die sich aus der Durchführung des Bundesseuchengesetzes ergebenden

den Mehrbelastungen lassen sich ohne Personalvermehrung in den meisten Ämtern nicht durchführen, die freiwilligen Impfungen erfolgen nicht in dem nötigen Umfang, die Beaufsichtigung der Krankenanstalten wird völlig unzureichend durchgeführt, Kleinkinder in Kindergärten werden nur vereinzelt ärztlich untersucht; bei den schulärztlichen Untersuchungen wird die gesetzliche Mindestforderung nicht erfüllt, in nicht weniger als 12 Landkreisen gibt es weder Schul- noch Jugendzahnpflege, die Zahl der Mütterberatungsstunden ist nicht genügend, besonders in den Landkreisen fehlt die nachgehende Fürsorge durch Hausbesuche, auch die Schwangerenberatung ist ungenügend.

Soweit in knappen Strichen der von Minister Hemsath gegebene Überblick über den Stand der Gesundheitspolitik in Hessen. Es ist ein düsterer Bericht. Er zeigt wie berechtigt die seit Jahren von den Freien Demokraten, vor allem von Frau Abg. Kletke gestellten Forderungen zugunsten der Schwangerschaftsberatung, der Schulgesundheitsvorsorge, der Kreisberatungsstellen (die in dem Bericht nur am Rande erwähnt werden!), der Vorbereitung der Seuchenbekämpfung und der Kleinkinderbetreuung und der Mütterberatung waren und sind.

Diese Verhältnisse müssen geändert werden. Das ist möglich, sobald die Landesregierung begreift, daß im Interesse der vorbeugenden Gesundheitspflege dem Ministerium für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen zu Lasten anderer Ministerien weitere finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus ist es nach Ansicht der Freien Demokraten nötig, die dringend erforderlichen Maßnahmen gegen die Verschmutzung des Wassers und der Luft durch großzügige Bereitstellung von Mitteln wirksam zu unterstützen, und namentlich alle Forschungsarbeiten auf diesen Gebieten tatkräftig zu fördern.